

Roma locuta ...

Ein Kommentar von Michael Böhnke

Rom hat recht und verstrickt sich doch zugleich in einen heillosen Selbstwiderspruch. Rom hat recht: Man kann Strukturfragen in der Kirche nicht behandeln, ohne zugleich das Glaubensverständnis zu thematisieren, das die zu reformierenden Strukturen bedingt. Das wird nicht gehen. Die Krise der Kirche reicht tiefer als es die deutschen Bischöfe und der Synodale Weg bisher wahrhaben wollen. In einer Welt, die Gott nicht braucht, kann die Kirche Glauben nicht länger als Gehorsam definieren. Doch genau das tut sie. Das monarchische Amt in der Kirche versteht Glauben feudalistisch als „rechtsartiges Treueverhältnis“ (E.-W. Böckenförde). Die rechtliche Pflicht zum (Glaubens-)Gehorsam wurde zuletzt durch Papst Benedikt XVI. massiv ausgeweitet (vgl. cc. 750–754 CIC/1983). Und genau an diesem Punkt widerspricht sich Rom.

Papst Franziskus will die Freude am Glauben zurückgewinnen. Das hat er in seinem Brief vom 29. Juni 2019 zum Synodalen Weg deutlich gemacht. Er sucht nach einem Weg, „der einen Glauben ermöglicht, der mit Freude gelebt, erfahren, gefeiert und bezeugt wird“ (Nr. 7). Voraussetzung dafür ist ein tiefgreifender Wandel im Glaubensverständnis. Franziskus denkt nicht in Kategorien feudaler Herrschaft. Für ihn meint Glaube etwas Anderes als rechtlich geforderter Gehorsam gegenüber der Lehre der Kirche. Glaube ist Erinnerung und Vergegenwärtigung des Heilshandelns Gottes durch die Kirche. Die Kirche im letztgenannten Sinn sind wir; sind jene, die aus der Erinnerung an das Heilshandeln Gottes in Jesus Christus und dessen Vergegenwärtigung in seinem Geist leben; sind jene, die sich selbst dazu bestimmt haben und je neu dazu bestimmen, sich vom Geist Gottes in der Sorge für andere leiten zu lassen. Glaube ist Vertrauen in die Treue Gottes. Vertrauen, dass Gott die Menschen, in welcher Bedrängnis sie auch immer sich befinden mögen, nicht im Stich lässt.

Diejenigen, die das feudal geprägte Verständnis des Glaubens als Pflicht zum Gehorsam nicht teilen, pauschal als Ungläubige oder Nicht-Glaubende oder Gleichgültige zu verurteilen, läuft ins Leere. Die Erfahrung zeigt, dass viele von ihnen, nach dem offenkundigen bischöflichen Amtsmissbrauch durch Verschweigen und Vertuschen, ihren Glauben nicht länger als „rechtsartiges Treueverhältnis“ der Amtskirche gegenüber verstehen können und wollen. Sie leben selbstbestimmt ihren Glauben und nehmen insofern eine Vorreiterrolle für die nachholende Selbstmodernisierung der katholischen Kirche ein.

Wenn die Kirche als Institution den Missbrauchsskandal überleben will, muss sie die Situation der Kirche auch als Krise des feudalen Glaubensverständnisses verstehen sich dem selbstbestimmten Glauben der Getauften öffnen. Darüber muss der Synodale Weg reden. Dazu muss er Rom bestimmt und entschieden die Meinung sagen. Denn erst durch ein feudales Glaubensverständnis entsteht jenes Machtgefälle, das Missbrauch und Vertuschung ermöglicht hat.